

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 168.

Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 22. Juli 1919.

Jahrgang 1

Lacht uns nicht lieben mit Worten noch mit der Zunge, sondern mit der Tat und mit der Wahrheit. 1. Joh. 3, 18.

Wirtschaftsparlament und Betriebsräte.

Rede des Abgeordneten Franz Behrens auf dem
Deutschnationalen Parteitag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leiden im deutschen Volke zu stark unter dem Gedanken der Allmacht des Staates, unter der Meinung, daß der Staat für alles und für jedes sorgen und eintreten und uns in jeder Beziehung, auch im wirtschaftlichen und täglichen Leben, absoluten Schutz bieten soll. Wir unterschätzen zu sehr die Notwendigkeit und den Segen der Selbsthilfe. Wir haben in der vorkrieglichen Zeit, in der Zeit unseres blühenden Staats- und Wirtschaftslebens, unter dem Einfluß des alten guten und von uns auch jetzt noch gebilligten und vertretenen Gedankens gestanden, dem wirtschaftlich Schwachen unseres Volkes — ob man darunter nun den Arbeiter, den Handwerker, den Bauern oder sonst wirtschaftlich Schwache versteht — weitgehenden Schutz durch die Staatsgewalt gegenüber dem wirtschaftlich Starken angedeihen zu lassen. Andererseits haben wir unter dem Einfluß gestanden, der von der sozialistischen Bewegung besonders in der Arbeiterschaft, aber auch in manchen intellektuellen Kreisen ausging und sich dahin geltend machte, daß der Staat ordnend und bestimmend in alle Tätigkeiten des Lebens, vor allen Dingen in das Wirtschaftsleben eingreifen muß. Diese beiden Richtungen in der Auffassung haben sich mit einem weitgehenden Materialismus verbunden, dem wir in der vorkrieglichen Zeit sehr stark zuneigten, der durch den Krieg nicht befeitigt, sondern leider fast bis zu einer Verzerrung ausgewachsen ist (Sehr wahr!), und der jetzt zu unserem Unglück geworden ist, der es dahin gebracht hat, daß die meisten Kreise unseres Volkes alles nur unter dem Gesichtspunkt des Materialismus sehen. Wir werden, nebenbei bemerkt, aus dem Elend, in dem sich unser Volk, unser Staat befindet, nicht eher herauskommen, bis wir den Kelch des Materialismus bis zur Reize ausgelöst haben und dann eine idealere Auffassung vom Volks- und Staatsleben wieder in weiten Kreisen unseres Volkes Platz greift. (Zustimmung und Beifall.) Das ist unser Elend in der Gegenwart. Die Not des Krieges hat es mit sich gebracht, daß der Staat einzwangend, bestimmend und umgestaltend in unser ganzes Wirtschaftsleben eingegriffen hat. Aber die Zeit, wo dies als Kriegsmassnahmen noch zu bewilligen war, ist längst vorüber, und mit einer solchen Art der Ordnung des Wirtschaftslebens, wie sie als Kriegsmassnahme notwendig war, kommen wir in der Gegenwart und in der Zukunft nicht aus. Wenn ein Volk sich in höchster Not befindet, dann hilft nicht die Masse und die Organisation allein, sondern dann kommt es in erster Linie darauf an, daß Männer da sind, Persönlichkeiten, (Beifall)

die das Volk aus seiner Not herausführen,

und wenn sich eine Wirtschaft eines Volkes so völlig in Unordnung und in Auflösung befindet, wie das bei unserer Wirtschaft gegenwärtig der Fall ist, so habe ich nicht das Vertrauen, daß die kniffligste Organisation oder die ausgeklügeltste Planwirtschaft uns aus diesem Elend herausbringen wird. Darum bin ich der Meinung, daß wir den Männern der Tat und des Schaffens freie Bahn geben müssen, um unserer Volkswirtschaft aus der Not herauszuheilen.

Daher komme ich zu der Auffassung, daß wir mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit für die Rückkehr zur freien Wirtschaft eintreten müssen. (Beifall.) Ich kenne nur zwei Einschränkungen für die freie Wirtschaft. Eine Einschränkung, daß wir den wirtschaftlich Schwachen Schutz geben, das heißt, daß wir den kleinen und mittleren Betrieben Schutz gewähren gegenüber der Stärke des Großbetriebes und andererseits die Einschränkung, daß wir diejenigen Betriebe in die öffentliche Hand überführen müssen, soweit es im Interesse des Gemeinwohls liegt. Aber unter Gemeinwohl verstehe ich nicht das, was man unter Planwirtschaft versteht. Dann könnte man schließlich auch sagen, daß die Einschränkung unseres ganzen Wirtschaftslebens im Interesse des Gemeinwohls liege. Also diese zwei Voraussetzungen lasse ich gelten.

Wenn wir den sozialistischen Planwirtschaftsstaat ablehnen und uns auf den Boden der freien Wirtschaft stellen, da muß

die Selbsthilfe zu ihrem Recht kommen.

Da muß der Arbeitgeber sich mit seinesgleichen zusammenschließen können, um die Interessen des Unternehmertums zu fördern; aber daselbe Recht muß den Arbeitnehmern gewährt werden. Wer sich auf den Boden der freien Wirtschaft stellt, muß sich auch auf den Boden der freien Gewerkschaft stellen und muß auch das Koalitionsrecht und das Streikrecht anerkennen. Das sind die Konsequenzen, und dieser Konsequenzen müssen wir uns bewußt sein.

Es ist eine notwendige Begleiterscheinung des freien Wirtschaftslebens, wie ich ausführte, daß sich Arbeitgeber und Arbeiter zusammenschließen, in Interessenorganisationen, um ihre Interessen im Rahmen der Staatsordnung und des Volkswohls wahrzunehmen. Aber nun ist es notwendig, daß diese Organisationen die Einsicht bekommen, daß sie im letzten Schluß aufeinander angewiesen sind, und diese Einsicht ist in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und der Unternehmerschaft vorhanden, besonders in der Industrie. Daraus ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstanden und diese Arbeitsgemeinschaften, die auf dem besten Wege der Entwicklung waren, die sind nun durch die ruhmreiche Revolution mit ihren übertriebenen sozialistischen Ideen und ihren Konfessionen an das Rätesystem gestört worden, und dadurch ist das ganze hoffnungsvolle Wirken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Unordnung gebracht worden.

Wir haben uns gegen dieses Rätesystem ausgesprochen, wie es von der äußersten Linken vertreten wird. Wir haben uns auf den Boden gestellt, daß die freien wirtschaftlichen Organisationen und die Arbeitsgemeinschaften die Kräfte sind, die für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens die wertvollsten Elemente abgeben. Aber aus politischen und anderen Gründen hat unsere Reichsregierung wieder unter dem Einfluß mehr oder weniger derselben Leute, die die Planwirtschaft vertreten, den Aufbau des Rätesystems verdrängt, so daß wir demnächst wohl die ersten Vorbereitungen davon für die Gesetzgebung in die Hand bekommen werden. Man denkt sich die Sache so — ich will auf Einzelheiten nicht eingehen —, daß aus Wahlen der Arbeiter auf der einen Seite und der Arbeitgeber auf der anderen Seite die Bezirksräte entstehen, diese bezüglich zu Wirtschaftsräten zusammengeschlossen und aus diesem wieder in der höheren Instanz die Reichsarbeiterräte und Reichsunternehmerräte zum Reichswirtschaftsparlament entstehen, und daneben will man die freien wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Arbeitsgemeinschaft nicht ausschalten, sondern weist ihnen nebenher noch eine gewisse Rolle an, ohne sie aber zu den eigentlichen Trägern der öffentlichen rechtlichen Vertretung des Wirtschaftslebens zu machen.

Wir sollten dahin wirken, daß wir als die Vertretung des Wirtschaftslebens den freien Kräften der Selbsthilfe die Priorität zu erkennen und ihnen die Gestaltung der Dinge in die Hand geben und sie mit Befugnissen ausrüsten, daß sie auch wirklich bei dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens wirken können. Aber als praktische Politiker haben wir auch mit den Tatsachen zu rechnen, die sind, und die Tatsache ist, daß wir eine sozialistische Regierung haben, obgleich sie auch von gewissen Drahtziehern regiert wird, und daß wir eine starke sozialistische Minderheit, fast Mehrheit in den Parlamenten haben und daß diese mehrheitssozialistische Mehrheit in der Vertretung der sozialdemokratischen Kreise sehr stark bedroht ist durch die Kreise um die Unabhängigen herum und das, was weiter links davon steht, und daß die mehrheitssozialistischen Führer besonders in der Regierung unter dem Seelendruck stehen, daß sie an die Unabhängigen ihre Massen verlieren könnten, und darum Konzessionen über Konzessionen nach links machen. Weil wir mit diesen Tatsachen zu rechnen haben, müssen wir auch mit der Tatsache rechnen, daß ein gewisses Rätesystem kommt.

Wenn wir diesem Rätesystem einige gewisse Konzessionen machen wollen, so darf aber dieser Instanzenzug der Wahl für die öffentlich rechtliche Wirtschaftsvertretung der verschiedenen Berufszweige

nicht das Primäre, sondern das Sekundäre

sein. Das Bestimmende müssen die wirtschaftlich freien Organisationen sein.

Wenn ich mir vergegenwärtige, daß wir ja schon öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen, Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, die Kammern aller Art haben und sie mir dann einmal auf ihre Zusammensetzung und ihre Wirkungsmöglichkeiten usw. ansehe, so komme ich doch zu dem Ergebnis, daß sie schon vor dem Kriege nicht in der einen oder anderen Weise befriedigend waren, und daß sie es jetzt erst recht nicht mehr sind unter den großen Aufgaben, welche jetzt erneut durch die Verhältnisse auf die öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskörper einströmen. (Sehr wahr!) Einer ihrer größten Mängel ist, daß in diesen Wirtschaftskörpern, diesen Kammern, die Arbeiter keine Vertretung bekommen haben, und daß man noch nicht verstanden hat, diese Kammervertretungen so zu gestalten, daß Arbeiter, Arbeitgeber und sonst wirtschaftswichtige Persönlichkeiten und Interessen darin vereinigt sind und ihren Aufgabenkreis so ordnen können, daß sie wirklich

die öffentlich-rechtliche Vertretung des Wirtschaftslebens unseres Volkes

darstellen. Diese Reform muß für die Provinzen und Kleinstaaten kommen — wenn wir in Zukunft überhaupt noch Kleinstaaten haben werden —, und darauf aufbauend müßte dann die Wirtschaftsvertretung des Reiches erfolgen, das sog. Reichswirtschaftsparlament, oder wie man es sonst nennen will. Ich weiß nicht, ob ich da mit allen Parteigenossen übereinstimme:

ich Preußen aufteilen lasse, lieber den Einheitsstaat.

Und wenn wir den Einheitsstaat bekommen, dann hört die Karikatur des Bundesrates, der sich jetzt Staatenauschuß nennt, auf, und das Wohl und Wehe unseres Reiches einem Kammerstystem, dem Reichstag, anvertrauen, der aus dem sog. demokratischen Wahlrecht hervorgeht, möchte ich beileibe nicht. Wir brauchen eine erste Kammer, und die erste Kammer kann ich mir nicht glücklicher denken, als wenn sie sich, wie ich angedeutet habe, aufbaut auf die so geregelte Wirtschaftsvertretung unseres Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der Auffassung, daß das demokratische Parlament kontrolliert und ausgeglichen werden muß durch ein Wirtschaftsparlament, das sich aus den tüchtigsten Männern der freien Auswahl aus allen Berufs- und Interessentkreisen, den Groß-, mittleren und Kleinarbeitgebern und den Arbeitern aus allen Berufen zusammensetzt. Das ist der gesundeste Aufbau für den Einheitsstaat, vielleicht auch für den Bundesstaat. (Zustimmung.)

Nun die Stellung des Arbeiters im Betriebe. Wir werden ja in den nächsten Tagen das Betriebsratsgesetz als Vorlage in der Öffentlichkeit zu behandeln bekommen. Die Gestaltung die diese Vorlage in den letzten Tagen bekommen hat, kenne ich nicht genau, aber ich bin der Auffassung, daß eine Form gefunden werden muß, um in den größeren und großen Betrieben dem Arbeiter eine Vertretung seiner Arbeiterinteressen zu gewährleisten. Ich gehe aber nicht so weit, daß diese Vertretung eine solche Mitwirkung werden darf, daß dadurch die wirtschaftliche Unternehmung gestört wird. Denn dann wird es sich letzten Schlusses gegen den Arbeiter wenden. Aber dafür trete ich ein — und das ist eine Forderung, der wir Deutschnationalen uns nicht entziehen dürfen, daß in den großen Betrieben die Arbeiter eine Vertretung haben müssen. Bis jetzt nannte man das Arbeiterauschuß, in Zukunft will man es Betriebsrat nennen. Nur darauf kommt es an und das wird eine Sorge sein, wenn die Vorlage vorliegt, welche Befugnisse wir diesen Vertretungen einräumen. Eine andere Frage ist die, die von meinem hochgeschätzten Herrn Vordrucker angeschnitten und in einer mir sehr sympathischen Weise dargelegt worden ist, wie weit wir den Arbeiter an den finanziellen und wirtschaftlichen Ergebnissen des Betriebes beteiligen können. Ich habe mich bei einer anderen Gelegenheit, auf dem Goslarer Bauern- u. Landarbeitertag, bereits dahin ausgesprochen, daß diese Mitbeteiligung des Arbeiters — man nannte es bisher Gewinnbeteiligung, in der einen oder anderen Form erwünscht ist, und daß wir uns darüber ernsthafte Sorge zu machen haben, in welcher Form wir diese Mitbeteiligung des Arbeiters herbeiführen

können. Welche Form für die einzelnen Erwerbszweige die natürliche und mögliche ist, bedarf der praktischen Beurteilung von Fall zu Fall. Für die Großbetriebe sind von meinem Herrn Vorredner geeignete Vorschläge zur Erzeugung gestellt worden. Weil die Zeit zu weit vorgerückt ist, will ich weitere Bemerkungen dazu nicht machen. Jedenfalls ist das aber ein Gebiet, auf dem gearbeitet werden muß. (Sehr richtig!)

Und nun, meine Damen und Herren, zum Schluß. Wir Deutschen müssen, soweit es sich um die wirtschaftlichen Organisationen unseres Volkes handelt, mit dem Geiste des Gemeinsinnes, der Versöhnung, der Solidarität erfüllen. Wir müssen wieder Vertrauen von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer und von Arbeitnehmer zu Arbeitgeber gewinnen. Wir dürfen uns nicht dauernd als Feinde anschauen. Wir müssen uns vom Vertrauen leiten lassen und dürfen auch dieses Vertrauen nicht erschüttern lassen, wenn wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten und wirtschaftliche Streitigkeiten ausbrechen. Behalten wir Arbeiter und Arbeitgeber in den jetzigen und kommenden Wirtschaftsformen — es wird noch manche geben — den gemeinsamen deutschen Gedanken, den Gedanken der Volkssolidarität. Bewahren wir uns diesen Geist, dann werden auch wirtschaftliche Zusammenstöße zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern um die Länge der Arbeitszeit und die Höhe der Löhne und um ähnliche Dinge nicht mehr so heftig werden, daß sie uns in Klassen auseinanderreißen (Sehr richtig!), sondern wir werden und müssen uns wieder zusammenfinden. Und darum dürfen wir auch nicht wirtschaftliche Streitigkeiten auf unser politisches und völkisches Leben übertragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Das militärische Versorgungs-Gesetz.

Die Entschädigung für Offiziere und Kapitulanten.
Der Nationalversammlung sind die Entwürfe eines Gesetzes für die Entschädigung der Offiziere, die gegungen sind, auf Grund der Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und den Schutztruppen auszuschcheiden, und eines eben solchen Gesetzes für die Unteroffiziere und Gemeinen, soweit sie Kapitulanten sind, zugegangen.

Die Mehrzahl der Offiziere werden, wie es in der dem Gesetzentwurf beigefügten Begründung heißt, vor die Notwendigkeit gestellt, sich eine neue Existenz zu gründen. Bei dem starken Wettbewerb von fachlich vorgebildetem Zivilpersonal wird dies aber außerordentlich schwierig sein. Es wird längere Zeit vergehen, bis es den Offizieren gelingen wird, eine auskömmliche Stellung zu finden. In den meisten Fällen wird auch noch eine besondere Ausbildung, die mit Kosten verbunden ist, notwendig werden. Die Offiziere werden also jahrelang für sich, meistens auch für ihre Angehörigen sorgen müssen, ohne in dieser Zeit aus ihrem künftigen Beruf die Mittel dafür zu erhalten. Eine Verlegung in den einseitigen Ruhestand konnte bei den Offizieren in Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vorgesehen werden. Der Entwurf will aber für eine angemessene Uebergangszeit die arbeitsfähigen Offiziere wirtschaftlich den Wartegeldempfängern gleichstellen.

Kapitulanten, die das zwölfte Dienstjahr noch nicht vollendet haben, verlieren durch ihr erzwungenes vorzeitiges Ausscheiden die Aussicht, die Dienstprämie und den Zivilversorgungsschein nach § 15 des Mannschafversorgungs-Gesetzes oder die ent-

sprechenden Geldentschädigungen zu erwerben. Aber auch die Kapitulanten von mindestens zwölfjähriger Dienstzeit erleiden Nachteile, weil sie nicht mehr wie bisher zur Erlangung einer bürgerlichen Lebensstellung im aktiven Dienst verbleiben können.

Im wesentlichen sehen die Gesetzentwürfe folgende Entschädigungen vor: Für die

Kapitulanten:

a) Für Kapitulanten nach einer aktiven Dienstzeit von mindestens 12 Jahren eine laufende monatliche Entschädigung auf die Dauer von zwei Jahren, für Kapitulanten mit einer geringeren Dienstzeit auf die Dauer eines Jahres. Die monatliche Entschädigung beträgt für Verheiratete 300 Mark, für Unverheiratete 200 Mark.

b) Ferner für alle Kapitulanten einen einmaligen Betrag von 300 Mark zur Beschaffung und Unterhaltung ihrer Bekleidung.

c) Ferner Kapitulanten vom 7. bis 11. Dienstjahre erhalten eine einmalige Geldentschädigung, und zwar bei vollendetem 7. Dienstjahre 1000 Mark, bei vollendetem 8. Dienstjahre 1400 Mark, bei vollendetem 9. Dienstjahre 1800 Mark, bei vollendetem 10. Dienstjahre 1100 Mark, bei vollendetem 11. Dienstjahre 2600 Mark.

Für die

Offiziere:

a) Offiziere unter zehn Dienstjahren (die Dienstzeit wird nach den Vorschriften des Offizierspensionsgesetzes berechnet) erhalten auf die Dauer eines Jahres die Gehaltsbezüge, die sie als aktive Offiziere im Falle einer vorübergehenden Beurlaubung erhalten hätten.

b) Alle übrigen Offiziere mit dem pensionsfähigen Dienstverdienst bis zum Brigadeführer erhalten ausschließlich aufwärts erhalten, vorausgesetzt, daß sie vor dem Kriege mit der Absicht, die Offizierslaufbahn einzuschlagen, aktiven Dienst getan haben oder vor dem Kriege Kapitulanten gewesen sind. Uebergangsgebühren, und zwar Verheiratete auf die Dauer von fünf, Unverheiratete auf die Dauer von drei Jahren. Die Uebergangsgebühren betragen drei Viertel des bei der Berechnung der Pension zugrunde zu legenden Dienstverdienstes. Fernerzulagen sollen während dieser Zeit wie für aktive Offiziere gezahlt werden. Im Anschluß an die Uebergangszeit werden sie pensioniert.

c) Offiziere mit dem pensionsfähigen Dienstverdienst eines Brigadeführers einschließlich aufwärts werden pensioniert.

Die Gesetze sollen am 1. August 1919 in Kraft treten und Gültigkeit bis zu dem in dem Friedensvertrage vorgesehenen Abschluß der Verminderung der Wehrmacht erhalten.

Offiziere und Kapitulanten, die in der Zeit vom 9. November 1918 bis 31. Juli 1919 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, können auf Antrag nach den Vorschriften der Gesetze entschädigt werden.

Offiziere und Kapitulanten, denen es erst möglich war nach dem Abschluß der Verminderung der Wehrmacht aus der Gefangenschaft oder Internierung zurückzukehren, sollen von den Vergünstigungen der Gesetze nicht ausgeschlossen werden.

Die Ausführung des Vertrages.

Eine amtliche Stelle für den Wiederaufbau.

Beim Auswärtigen Amt ist eine besondere Stelle für die Ausführung der Friedensbedingungen eingerichtet worden, mit deren Leitung der Ministerialdirektor von Simion betraut wurde. Mit der Schaffung dieser neuen Stelle ist die Tätigkeit der bisherigen „Friedenskommission“, die unter der Leitung des Vizepräsidenten Grafen Bernstorff stand, beendet. Die neue Stelle wird zwei Unterabteilungen haben, eine für den eigentlichen Wiederaufbau, die andere für

die finanziellen Fragen. Sie wird sich zunächst mit den Arbeiten für den im Friedensvertrag vorgesehenen Wiederaufbau Nordfrankreichs zu beschäftigen haben. Unter Leitung dieser Friedensstelle werden die technischen Arbeiten vom Reichswirtschaftsministerium bearbeitet werden, und zwar handelt es sich in der nächsten Zeit lediglich um Aufräumungsarbeiten, für die die deutsche Regierung sich verpflichtet hat, baldmöglichst eine größere Zahl von Arbeitern zu stellen; gelernte Facharbeiter werden erst, wenn die Anlagepläne für den Wiederaufbau in Angriff genommen werden, gebraucht. Die deutsche Friedensstelle wird vor allen Dingen in nächster Zeit genau die Lebensbedingungen für die Arbeiter in Frankreich prüfen. Die Gesamtzahl der benötigten Arbeitskräfte erreicht kaum 150 000, wovon ein Teil von Frankreich gestellt wird, so daß man annimmt, daß höchstens 120 000 deutsche Arbeiter für diesen Zweck gebraucht werden.

Die Zukunft des Memelgebietes.

Eine Versammlung von Mitgliedern der Memeler Stadtverordnetenversammlung, der Kreistage und der Kommunalverbände des abzutretenden Memelgebietes konstituierte sich als vorläufige Landesvertretung und wählte den Landrat von Schletzer (Zitt) zum Vorsitzenden. Sein Antrag, daß für den Fall der Abtretung des Memeler Landstriches vom deutschen Vaterlande sich die Versammlung so lange als einzig geordnete Landesvertretung betrachten soll, bis die Wahl einer neuen Vertretung durch die neuen Machthaber durchgeführt sei, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag auf Forderung umfassender Autonomie des Memelgebietes in Verwaltung und Rechtspflege zum vorläufigen Staatskommissar für das Memelgebiet wurde Regierungspräsident Lamsdorff (Gumbinnen) ernannt.

Die Heimführung der Schleswiger Kriegsgefangenen.

Die französische Regierung ist durch eine deutsche Note darauf hingewiesen worden, daß nach Artikel 109 des Friedensvertrages den Militärpersonen der deutschen Armee, die aus der Abstimmungsszone in Schleswig stammen, zwecks Teilnahme an der Abstimmung die Rückkehr an ihren Heimatort zu ermöglichen sei. Unter diesen Begriff fallen auch die zurzeit noch in Gefangenschaft befindlichen deutschen Heeresangehörigen aus Schleswig. Da bereits zehn Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages die Abstimmungsfrist zu laufen beginnt, so wird eine Durchführung der obigen Bestimmungen für die Gefangenen auch Nordschleswigs in Frage kommen, wenn nicht jetzt schon diese Rückkehr in die Wege geleitet wird. Die französische Regierung wurde deshalb gebeten, baldmöglichst die notwendigen Maßnahmen in dieser Richtung zu treffen.

Die Verteilung der Beute.

Die Entente-Kommission der Kolonialmächte hat einen Vergleich über die Ansprüche Belgiens und Großbritanniens auf Ostafrika zuwege gebracht. Die Kommission hat beschlossen, diese Abmachungen dem Rat der fünf zur Ratifikation vorzulegen. Nach diesem Vergleich erhält Belgien die Provinzen Ruanda und Urundi im Nordwesten der Kolonie. Trotzdem diese Provinzen nur einen kleinen Teil des Gebietes ausmachen, haben sie doch drei Millionen Einwohner, d. h. fast die Hälfte der Bevölkerung des ehemaligen Deutsch-Ostafrika.

Ueber den deutschen Besitz in Belgien wird nach einer Erklärung des belgischen Sozialistenführers und Ministers van der Velde derart verfügt, daß der deutsche Großbesitz, wie zum Beispiel die riesigen Wälder von Ahrenberg, in den Besitz des belgischen Staates übergeht, das kleinere Eigentum dagegen soll seinen deutschen Besitzern zurückgegeben werden.

Richtlinien und Vorschläge

des Verbandes deutscher evangelischer Schullehrer- und Lehrerinnen-Vereine zur Neugestaltung des Volksschulwesens, entworfen von Lehrer E. W. Schmidt, Barmen, im Auftrage des Verbandes.

1. Die Geschichte der Schulgesetzentwürfe in Preußen hat mit unwiderleglicher Gewißheit die Tatsache aufgedeckt, daß das Schulverfassungsproblem im Widerstreit der politischen Parteien nicht in befriedigender Weise gelöst werden kann.

Bei Lösung der Schulfrage im freiheitlichen Sinne des demokratischen Staates muß dafür gesorgt werden, daß eine Vergewaltigung irgend welcher Parteien durch andere vermieden werde. Diese Lösung ist weniger Aufgabe der Schulpolitik, als vielmehr der wissenschaftlichen Pädagogik. Die Pädagogik stellt die theoretischen Grundlagen fest, wonach die an der Schule beteiligten Körperschaften zu überlegen haben, wie das vom Standpunkt der Pädagogik Geforderte am zweckmäßigsten und wirksamsten in die Tat umzusetzen ist.

2. Wir verlangen für jedes Kind als menschliche Persönlichkeit und als Glied eines freien Kulturvolkes größtmögliche Ausbildung seiner körperlichen und geistigen Kräfte ohne Rücksicht auf Stand und Besitz der Eltern, damit es befähigt werde, an der Kulturarbeit der Gesamtheit erfolgreich teilzunehmen.

3. Die Familie ist die natürliche, grundlegende Erziehungs- und Bildungsanstalt. Ihr gehören die Kinder nach göttlichem und menschlichem Rechte zuerst an, dann erst auch dem Staate, der Gemeinde und der Kirche. Die Familie ist darum auch in erster Linie zur Erziehung ihrer Kinder geeignet, berufen und verpflichtet. Aus dem Grunde entbehrt jede Erziehung und Bildung, die nicht im Familienprinzip wurzelt, der gesunden, natürlichen Grundlage und kann deshalb dem einzelnen Menschen, wie der Volksgemeinschaft niemals zum vollen Segen gereichen. Zur Aufzucht der sittlichen Grundkräfte des Familienlebens muß unsere Volkserziehung im Sinne der edlen Volksfreunde Comenius und Pestalozzi im Hause, in der Wohnstube einsehen.

4. Zur inneren und äußeren Gesundung des durch die Krebschäden der Zeit (Alkoholismus, Unzucht, Vergnügungs- und Großmannsucht), durch Wohnungsnot und schlimme Auswirkungen des verlorenen Krieges in erschreckendem Maße gefährdeten, ja zerrütteten Familien- und Volkslebens ist uns zielbewusste und tatkräftige Boden- und Bevölkerungspolitik bitter not. Vor allem aber bedarf unser Volk der Heil- und Segenstrafe einer sittlich-religiösen Erneuerung, die nur aus lebendigem Gottesglauben quillt. Aus ihm muß und kann dieser Welt des Unfriedens und Hassens der reiche Quell christlicher und sozialer Liebe entspringen. Daraus allein erwächst rechtes Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Kinde. In ihm liegt aber auch Kraft zur Erfüllung der schwierigen Erziehungsaufgaben unserer Zeit.

5. Neben die Familie, die zunächst an der Erziehung beteiligt ist, treten Schule, Gemeinde, Staat und Kirche als Pfleger der höchsten Bildungsgüter. Die erbitterten Schulkämpfe der Vergangenheit und Gegenwart haben ihren wesentlichen Grund in der kurzfristigen Verleugnung oder gar Vergewaltigung des Familienprinzips durch die Verfechter scharfster Gegensätze zwischen den politischen und kirchlichen Parteien. Das war zum Schaden der Volksgemeinschaft, ihrer Schule und ihres Lehrerstandes.

6. Ein dauernder und gerechter Schulfriede im Volksstaate kann nur durch eine gerechte, gesunde, freie und friedliche Schulverfassung im Sinne unseres hervorragenden rheinischen Schulmannes und Volksfreundes F. W. Dörpfeld gesichert werden. Er hat in seinen Schulverfassungsschriften*) eine Schulverfassung entworfen und begründet, die in seiner Heimat in ihren Grundgedanken Jahrhunderte hindurch segensreich bestanden hat und die auch für die kommende Umgestaltung unbedingt Prüfung und Berücksichtigung verdient.

*) F. W. Dörpfeld, Das Fundamentstück einer gerechten, gesunden, freien und friedlichen Schulverfassung. Gütersloh, Bertelsmann, 2. Aufl. 1897.

Beitrag zur Lebensgeschichte der Volksschule nebst Vorschlägen zur Reform der Schulverwaltung. Ebenda, 4. Aufl. 1899.

Die 3 Grundgesetze der hergebrachten Schulverfassungen. Ebenda, 2. Aufl. 1898.

Die Schulverfassung ist gegründet auf das Familienrecht. In ihr wird die Gewissensfreiheit in Erziehungs- und Bildungsangelegenheiten anerkannt und geschützt. Sie führt den Grundgedanken der Selbstverwaltung restlos durch. In allen unteren, mittleren und oberen Selbstverwaltungskörperschaften sind sämtliche Schulbeteiligten (Familie, Gemeinde, Staat und Kirche) angemessen vertreten. Diese Schulverfassung läßt die pädagogische Wissenschaft in Schuldienst und Verwaltung zu dem ihr gebührenden Rechte kommen. Sie ist so eingerichtet, daß sie das Erziehungs- und Bildungsinteresse in allen Volksteilen weckt und pflegt. Sie sichert schließlich auch dem Schulwesen seine Selbstständigkeit und Freiheit unter der Aufsicht des Staates.

7. Die reale Grundlage dieser freien Schulverfassung ist die freie Schulgemeinde. Sie ist eine freie Erziehungsgemeinschaft, aufgebaut auf dem neutralen Boden des Familienrechtes. Wir sind überzeugt, daß auf dieser Grundlage der Schulfriede kommen kann. Muß nicht jede politisch oder kirchlich bestimmte, nur auf Macht gegründete Schulverfassung den Reim der Zerkleinerung in sich tragen? Erzeugt sie nicht jene beständige Hochspannung der widerstrebenden Geister, welche die Jugenderziehung in ihrer geistlichen Auswirkung hemmt und fortgesetzt Unzufriedenheit schürt, Gleichgültigkeit und Überdruß in Erziehungs- und Schulbildungstragen fördert und damit die innere Kraft unserer Volkseinheit schwächt und untergräbt? Wird hingegen die Schulverfassung auf der Grundlage der Schulgemeinde aufgerichtet, so können die für den gesegneten Erfolg der Jugend- und Volkserziehung in erster Linie maßgebenden sittlich-religiösen Lebenskräfte der Volksgemeinschaft gehend zur Betätigung kommen. (Fortf. folgt.)

Ein neuer Generalstreik? Wie sehr die Führer der revolutionär gerichteten Arbeiter unter der Oberfläche wühlen, um die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten für einen neuen allgemeinen politischen Generalstreik zu gewinnen, beleuchtet blickartig eine neue Aufklärungsschrift, die unter dem obigen Titel im Verlag des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, Zeigerstraße 10, erschienen ist. Jeder denkende Arbeiter und Angestellte sollte diese bemerkenswerte Schrift lesen. (Preis 30 Pfg. mit Porto.)

Abnehmend

Die Obersten Sollwags Verantwo übernimmt gabe der mission für

In der

Note des geanten Wi Teile der bereits von gegehene Einleitung ter, wegen nahme der milie des wohl eine Engensto die deutsh der Sta tion Frank ab. Für hierin dem wird jedoch Schieds Große

machung d sende An folgte. D und wir Berkehr m digkeit Wa dauernswe Zweifel ge

In sa dann eine den, wenn ergeben he sind. Die widerspred ten bis jeg präfidium gerichten i

Franciaerle Im nachmittag geanten W mission wo filiere und Berlin w ordnungen Reiche des türischem führt, um zu werden

Die K meceau, dung des f geprochen der deutsh len, Kennt mit der denn die siehe nicht stehe vielm tärsche un den müßte Maßregeln unterbinde gierung ist deutsh W Anstifter se den schärfst einer Will chen Verb

Die in später ten Haupt gerer An Nedner zu die Regelu des Komp die Stimm schen Volk Sozialdemo nomen

Nach eine länge zweite Lei ständen ar großen pol programm werden, un ren, Herm ministere kommen we

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

Die S tigung ein wifest. Ei zur Berati tags zuvor mehrfache geführt. D in Gold Stimmen de

wird sich zunächst
ensvertrag vorge
s zu beschließen
den Stelle werden
wir schäftsmittel
handelt es sich
u fräumungs
regierung sich ver
ere Zahl von Ar
eiter werden erst
beraufbau in An
Die deutsche Frie
in nächster Zeit
die Arbeiter in
der benötigten
wovon ein Teil
man annimmt,
weiter für diesen
biete.
ern der Memeler
reistage und der
n Memelgebietes
and des vertret
Schlether (Zittit)
für den Fall der
s vom deutschen
lange als einzig
in soll, bis die
die neuen Macht
kommen. Ebenso
r Autonomie
nd Rechtspflege
das Memelgebiet
iff (Gumbinnen)
riensgefangenen.
rch eine deutsche
ach nach Artikel
ärpersonen der
m mungszone
nahme an der
einsatzort zu er
fallen auch die
lichen deutschen
a bereits zehn
rtrages die Ab
dird eine Durch
ir die Gefange
men, wenn nicht
geleitet wird.
b gebeten, bald
in dieser Rich
a. lmalman'ate hat
Belgiens und
zuwege gebracht.
e Abmachungen
orzulegen. Nach
Provinzen Ru
t der Komente.
kleinen Teil des
rei Milli
der Bevölkerung
Belgien wird
zialistenführers
erfügt, daß der
el die riesigen
entum dagegen
gegeben werden.
ist gegründet auf
wissensfreiheit in
anerkannt und
Selbstverwaltung
sen und oberen
che Schulbeteilg
che) angemessen
die pädagogische
g zu dem ihr ge
achtet, daß sie das
den Volkstreffen
dem Schulwesen
der Aufsicht des
hulverfassung ist
e Erziehungs
Boden des Pa
dieser Grundlage
de politisch oder
ndete Schulver
ragen? Erzeugt
widerstrebenden
rer geistlichen
lebenheit schüt
igs- und Schul
e Kraft unserer
rd hingegen die
Schulgemeinde
eten Erfolg der
ie maßgebenden
emeinschaft ge
forti. folgt.)
die Führer der
der Oberfläch
ter und Ange
ischen General
eine neue Auf
im Verlag des
eipzig, Zeiter
Arbeiter und
Schrift lesen

Ablehnende Antwort der Entente an Bethmann und Hindenburg.

Die Kommission für Verantwortlichkeiten hat dem Obersten Rat der Alliierten über die Briefe Bethmann-Hollwegs und des Feldmarschalls Hindenburg, die die Verantwortung für die Handlungen Kaiser Wilhelms übernommen haben, berichtet. Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ wissen will, hat die Kommission beschlossen, das Verlangen der beiden Männer, für den Kaiser einzutreten, abzulehnen.

Der Fall Manheim.

Die Millionenbuße abgelehnt.

In der Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Marschall Foch wegen der Tötung des Sergeanten Manheim wird darauf hingewiesen, daß einem Teile der französischen Forderungen bereits vor Eingang der französischen Note Genüge geschehen ist, so insbesondere der Forderung wegen Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen die Täter, wegen der Entschuldigung und wegen der Übernahme der Kosten der Beerdigung. Die für die Familie des Getöteten beanspruchte Entschädigung ist, obwohl eine Rechtsverpflichtung dazu nicht besteht, aus Entgegenkommen zugestanden worden. Dagegen lehnt die deutsche Regierung die verlangte Bestrafung der Stadt Berlin mit einer Buße von einer Million Franken als völkerrechtlich unbegründet ab. Für den Fall, daß sich die französische Regierung hierin dem deutschen Rechtsstandpunkt nicht anschließt, wird jedoch angeboten, diese Frage einem gemischten Schiedsgericht zu unterbreiten.

Großes Befremden hat es erregt, daß die Geltendmachung der aus der Tötung des Sergeanten erwachsenden Ansprüche durch den Militäroberbefehlshaber erfolgte. Der Friedensvertrag ist von uns ratifiziert, und wir stehen infolgedessen wieder in diplomatischem Verkehr mit der französischen Regierung. Die Zuständigkeit Marschalls Fochs für die Erledigung dieser bedauerlichen Angelegenheit muß demnach stark in Zweifel gezogen werden.

In sachlicher Beziehung kann dem Anspruch erst dann eine grundsätzliche Verurteilung zugebilligt werden, wenn die noch im Gange befindliche Untersuchung ergeben hat, daß die französischen Soldaten schuldlos sind. Die Unstimmigkeiten, die sich aus den einander widersprechenden Zeugenaussagen ergeben haben, konnten bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden. Das Polizeipräsidium wird nunmehr die Angelegenheit den Militärgerichten übergeben.

Trauerfeier für den französischen Sergeanten Manheim.

Im Berliner Leichenhause fand am Freitag nachmittag eine Trauerfeier für den erstochenen Sergeanten Manheim statt. Die französische Militärkommission war hierzu durch einen General, mehrere Offiziere und Soldaten vertreten. Außerdem hatten alle in Berlin weilenden Militärmissionen der Entente Abordnungen entsandt. Sonnabend vormittag wurde die Leiche des Erstochenen unter polizeilichem und militärischem Geleite nach dem Unhalter Bahnhof überführt, um von dort aus nach Paris weiter befördert zu werden.

Die französische Presse zum Fall Manheim.

Die Presse bekräftigt den Brief Versners an Clemenceau, in dem die Entschuldigung für die Ermordung des französischen Sergeanten Paul Manheim ausgesprochen wird. Die Presse nimmt von dem Vorschlag der deutschen Regierung, eine Entschädigung zu zahlen, Kenntnis, ist aber der Meinung, daß die Regierung mit der Zahlung allein nicht zufrieden sein könne, denn die Ermordung des französischen Unteroffiziers stehe nicht allein da und sei keine Ausnahme. Man stehe vielmehr einer Organisation gegenüber, deren militärische und politische Führer unschädlich gemacht werden müßten. Der „Matin“ sagt, man werde künftig Maßregeln ergreifen müssen, um eine Bewegung zu unterbinden, die noch gefährlicher für die deutsche Regierung ist, als die „französische“; denn wenn die deutsche Regierung nicht Maßnahmen gegen die Anführer solcher Verbrecher trifft, so ist Frankreich zu den schärfsten Maßregeln gezwungen. Die Strafe von einer Million ist nur das Mindeste, was einem solchen Verbrecher folgen mußte.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 18. Juli.

Die Schuldebatte.

Die Nationalversammlung erlebte am Freitag in später Abendstunde den vierten Abschnitt des zweiten Hauptteiles des Verfassungsentwurfes. Nach längerer Aussprache, in der von jeder Partei mehrere Redner zu Worte kamen, wurde der Abschnitt über die Regelung des Schulwesens nach den Vorschlägen des Kompromisses von der Regierungsmehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sowie gegen die der unabhängigen Sozialdemokraten und einiger Demokraten angenommen.

Nach Beendigung der Schuldebatte entspann sich eine längere Aussprache über die Geschäftslage. Die zweite Lesung der Verfassung soll unter allen Umständen am Dienstagabend beendet werden. Die großen politischen Debatten, die durch das Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Bauer eingeleitet werden, und in denen auch der Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, und der Reichswirtschaftsminister Schmidt mit ihren Programmreden zu Wort kommen werden, sind auf Mittwoch vertagt worden.

— Weimar, 19. Juli 1919.

Arbeitslosigkeit in Weimar.

Die Nationalversammlung hat in der heutigen Sitzung eine geradezu unheimliche Geschäftseile entwickelt. Eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen standen zur Beratung, zum Teil waren sie dem Haus erst tags zuvor zugegangen. Von seiten der Rechten wurden mehrfach bittere Klagen über die überhäufte Arbeit geführt. Das Gesetz über die Zahlung der Rente in Gold wurde nach kurzer Aussprache gegen die Stimmen der Unabhängigen in allen drei Lesungen

verabschiedet, desgleichen auch das Gesetz über die Regelung der Kalkulierung. Die Gesetzentwürfe betrafen die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens, wurden nach längerer Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen, ebenso die Gesetze über die Entschädigung an die infolge der Verminderung der Wehrmacht auscheidenden Offiziere, Dekoffiziere und Kapitulanten, nachdem der Kriegsminister Reinhard die Entwürfe in längerer Ausführung begründet hatte.

Bei der Beratung des Entschädigungsgesetzes kam es zu einem lärmenden Zusammenstoß zwischen dem Reichswehrminister Noske und der unabhängigen Partei. Der Abg. Seger (Leipzig) hatte unter Bezugnahme auf einen Vorgang in Königsberg behauptet, der Militarismus träte noch immer Recht und Gerechtigkeit mit sich. Es sei die höchste Zeit, das jetzt noch vorhandene Gewaltinstrument völlig zu beseitigen. Der Reichswehrminister antwortete ihm in der bei ihm üblichen starken Weise und erregte dabei minutenlange Lärmstürzen bei den Gesinnungsgenossen des Abg. Seger. Der preussische Kriegsminister Reinhard nahm dann gleichfalls die Truppen gegen die Beschuldigungen des Abg. Seger in Schutz. Das Haus setzte dann die Beratung des Siedlungsgesetzes fort, das nach kurzer Aussprache, an der sich die Abgg. Böhmke (Zem.), Hampe (Deutschn.) Seche (Soz.) beteiligten, angenommen wurde.

Am Montag wird das Haus die Beratung der Verfassungsvorlage fortsetzen.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 18. Juli.

Heines Abrechnung mit den Unabhängigen.

Die Abenditzung der Landesversammlung brachte bei der Fortsetzung der Besprechung des Etats des Innern eine nach Inhalt und Form ungewöhnlich scharfe Rede des Ministers des Innern Heine, der sich besonders gegen die Dauerrede des Unabhängigen Leids wandte. Den Höhepunkt seiner Darlegungen bildete die Schilderung, die Eichhorn unheimlichen Angebens in den letzten Tagen seiner Berliner Polizeipräsidentenschaft spielte. Minister Heine legte unter großer Bewegung des Hauses eine Quittung vor, die Eichhorn dem Minister Heine an einem Tage gegeben wo er schon mußte, daß er seines Amtes enthoben werden würde. Die Quittung lautete über einen Vorstoß von 25 000 Mark für politische Zwecke. Heine führte unter stürmischem Beifall des Hauses aus, daß ihm (Eichhorn) das Geld nicht ausgezahlt worden sei. Eichhorn hat ebenso wenig das Geld erhalten, wie Ledebour und Liebknecht das Kriegsministerium, das sie forderten.

Im Laufe der Aussprache machte Unterstaatssekretär Meier, der von der Regierung zur Schlichtung des Landarbeiterstreiks nach Pommern geschickt worden war, Mitteilung von dem Ergebnis der Verhandlungen in Stettin. Der Streik kann als beendet angesehen werden, nachdem jetzt vielfach Tarifverträge abgeschlossen worden sind. Nach dem Unterstaatssekretär sprach der Mehrheitssozialist Richter-Kneumüller, der sich dagegen wandte, daß man seinen Parteigenossen beim Aufstieg in hohe Ämter Ungeeignetheit vorwarf. Nach 10 Uhr erhielt noch der Abg. Klotz-Essen (Ztr.) das Wort, der in eingehenden Ausführungen den schärfsten Kampf gegen den Schmutz in Wort und Bild anführte. Erst kurz vor Mitternacht wurde die Sitzung geschlossen.

— Berlin, 19. Juli.

Gegen die Entfernung der Kaiserbilder aus der Schule.

Nach einem Erlaß des Kultusministers vom 26. 6. sollen die Bilder der Hohenzollern aus allen Schulen entfernt werden. Dies gab dem deutschnationalen Abgeordneten Dölze Veranlassung zu einer Anfrage, auf welche rechtlichen Grundlagen die Regierung ihre Maßnahme stützt. Die Bilder seien im Rahmen der Zuständigkeit der für die Schulpflege maßgebenden Organe und mit ausdrücklicher Billigung der Schulaufsichtsbehörden auf Kosten der Gemeinde angeschafft und dürften daher nur auf Verlangen der obigen Organe entfernt werden.

Ministerialdirektor Kestner erklärte unter stürmischem Protest der Rechten, die Unterrichtsverwaltung sei auf Grund ihrer Aufsichtsbefugnisse ohne weiteres berechtigt, den Unterricht störende Bilder entfernen zu lassen. Historisch-wichtige Bilder dürfen nach dem Erlaß nicht entfernt werden.

Es folgte die Beratung einer Denkschrift über die Behandlung der

Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung.

Hierzu lag ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten des Zentrums und der Demokraten vor, der den von der Preussischen Regierung gemeinsam mit der Reichsregierung beschrittenen Weg, unter Anwendung großer staatlicher Mittel eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung herbeizuführen, billigt, weil er allein aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herausführen kann.

Eisenbahnminister Defer verbreitete sich ausführlich über die Lohnpolitik der Eisenbahnverwaltung und besprach die Forderungen der einzelnen Arbeitergruppen. Nach der Lohnhöhung für die Arbeiter haben jetzt auch die Beamten ein volles Recht auf Erhöhung ihrer Bezüge. Bei der Lohnforderung muß in Betracht gezogen werden, daß sie automatisch eine Erhöhung der Löhne oder Gehälter auch anderer Gruppen nach sich ziehen muß. Wir müssen daran denken, daß schon wegen der Bestimmungen des Friedensvertrages unsere Finanzlage von Monat zu Monat nicht besser, sondern schlechter wird.

An die Ausführungen des Ministers knüpfte sich eine kurze Aussprache, die schließlich mit der Annahme des Antrages gegen die Stimmen der Deutschnationalen endigte.

Ein Zentrumsantrag auf Annahme eines Gesetzes über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien ging ohne Erörterung an den Ausschuß für den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzialverbände.

Darauf setzte das Haus die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Ministeriums des Innern fort.

Den Rednerreigen eröffnete heute der demokratische Abgeordnete Cassel, der sich in der Haupt-

sache gegen die Rechte wandte. Der nächste Redner Abg. Regenborn (Dnatl.) äußerte die große Unzufriedenheit seiner Partei über die Tatenlosigkeit der Regierung. Der Wagen gehe in rasendem Tempo dem Abgrunde entgegen, weil uns jede Führung fehle. In einstündiger Rede polemisierte der Unabhängige Lichtenstein gegen die Mehrheitssozialisten, bis ihm schließlich nach Ablauf der ihm zustehenden Redezeit unter lärmendem Protest der Unabhängigen das Wort entzogen wurde.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Moldenhauer (D. Sp.) wurde der Etat bewilligt, die Abstimmung über die einzelnen Anträge jedoch ausgesetzt.

Die nächste Sitzung soll erst am 16. September stattfinden.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 19. Juli 1919.

Der Gesandte v. Rosenburg hat die an ihn gerichtete Aufforderung, als Nachfolger des Unterstaatssekretärs Freiherrn Langewies v. Simmern, Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt zu werden, angenommen.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Weimar erfährt, schweben Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Hamburger Bankier Dr. Melchior, die zum Zweck haben, Dr. Melchior als Unterstaatssekretär für das Reichswirtschaftsministerium zu gewinnen. (Dr. Melchior hat bei den Friedensverhandlungen in Versailles als einer der sechs Hauptdelegierten mitgewirkt.)

Der Gouverneur von Berlin und sozialdemokratische Abgeordnete Georg Schöpplin wird am 1. August zurücktreten. Er hat die Wahl zum Chefredakteur des „Karlshofers Volksfreund“ angenommen.

Reichspensionsgesetz für Beamte. Der Nationalversammlung ist vom Reichsfinanzminister Erzberger der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erhöhung der Pension von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Danach werden die Pensionen der Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, um 10 Prozent erhöht. Ueber den Betrag von 6000 des der Verrechnung der Pension zugrunde zu legenden Dienstentkommens findet eine Erhöhung nicht statt. Ferner ist der Nationalversammlung zugegangen: der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Danach können Reichsbeamte, die mit der Wahrnehmung politischer Angelegenheiten betraut sind und bis zum 31. März 1920 infolge der Umgestaltung des Staatswesens ihre Pensionierung nachsuchen, in den Ruhestand gesetzt werden, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung des Anspruches auf Pension ist. Im übrigen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über die Pensionierung unberührt.

Trennung von Schule und Kirche in Braunschweig. In der braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 13 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausrichtung des Religionsunterrichts in den Schulen des Freistaates Braunschweig wurde mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gleichfalls angenommen.

Die Beamten der abtretenden Gebiete im Osten haben der preussischen Staatsregierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen sie bereit wären, in polnische Staatsdienste zu treten und die Erwartung ausgesprochen, daß diese zur Grundlage für die zwischen der deutschen und polnischen Regierung abzuschließenden Verträge gemacht werden. Vor allem wird verlangt, daß Polen gegenüber den in polnische Dienste tretenden Beamten alle Rechte und Pflichten des abtretenden preussischen Staates übernimmt. Ferner: Versetzung nach Kongresspolen und Galizien nur mit Einverständnis der betreffenden Beamten erfolgen. Die deutsche Sprache muß als Amtssprache neben der polnischen bestehen bleiben. Die Erlernung der polnischen Sprache soll freiwillig sein, und es sollen dazu amtliche kostenfreie Lehrkurse eingerichtet werden. Es ist eine Frist von fünf Jahren zur Entscheidung über endgültigen Uebertritt zu gewähren. Ueber Disziplinarverfahren und unfreiwillige Versetzung in den Ruhestand entscheidet ein Disziplinargerichtshof, der zur Hälfte aus deutschen Richtern besteht.

Rundschau im Auslande.

Polen: Maßnahmen gegen die Typhus-Epidemie.

Um den Typhus in Polen zu bekämpfen, begibt sich in den nächsten Tagen die größte bisher für ähnliche Zwecke aufgestellte Expedition von Paris nach Polen. Auf diese Weise soll die Ausbreitung der Epidemie auf Mitteleuropa, die für den nächsten Winter droht, verhindert werden. Zu der Expedition gehören 550 amerikanische Offiziere und freiwillige Sanitätskolonnen. Amerika und England haben den größten Teil ihrer Entlassungsausrichtung an Polen verkauft, und der polnische Gesundheitsminister hat die ganzen Einrichtungen, die die Deutschen zurückgelassen haben, ebenfalls in Tätigkeit gesetzt. 800 Eisenbahnwagen und 700 Lastautos führen die Ausrüstung und Chemikalien auf dem Wege von Frankreich über Deutschland mit sich. Der Typhus ist zurzeit von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer verbreitet.

Oesterreich: Der Friede von St. Germain.

Die englische Presse bringt Einzelheiten über die finanziellen Bedingungen, die Oesterreich auferlegt werden sollen. Artikel 3 besagt, daß eine besondere Unterkommission für Schadenerlag gebildet wird. Die Hauptaufgabe der Kommission wird sein, die Feststellung der Schadenshöhe festzustellen, weiter die Ueberwachung der österreichischen Hilfsquellen, die unter Aufsicht der Entente gestellt werden, und die Kontrolle der Steuerpflichten aller Steuerzahler. Die Kommission wird bei der Feststellung des Betrages des Schadenerlages Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage, die entstanden ist, nachdem Oesterreich auf territoriale Gebiete verzichtet geleistet hat. Oesterreich muß innerhalb zweier Monate seine Handelsflotte und Fliegerflotte ausliefern. Weiter wird von Oesterreich eine umfangreiche Viehablieferung verlangt. Als erste Abgabe wird Italien 4000 Milchkühe, 1000 Schen, 1000 Kälber, 50 Stiere erhalten; Rumänien bekommt die Hälfte davon und außerdem noch 1000 Pferde; Serbien erhält 1000 Kühe, 500 Schen, 1000 Kälber, 25 Stiere, 1000 Pferde und 1000 Schafe.

Der gescheiterte Weltstreit.

Warum die französischen Sozialisten nicht streikten.

Zwölf Mitglieder des Verwaltungsrats des Allgemeinen Arbeiterverbandes wurden von Clemenceau empfangen, der erklärt haben soll, er könne politische Streiks nicht dulden. Jouhaux soll darauf geantwortet haben, der Streit richte sich in der Hauptsache gegen die Lebenshaltung, trage also einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter. In einer Erklärung über die Verschiebung des Streikes sagt das Organ Jouhaux's, unter dem Druck der angekündigten Bewegung sei die Amnestie von 150 000 politischen und militärischen Verurteilten zugestanden worden. Die Demobilisierung werde Ende September beendet sein. Dadurch sei innerpolitisch vieles erreicht worden. Was die äußere Politik anbetreffe, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt. Dem Nationalkomitee wird am Montag die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung unterbreitet.

Die deutschen Unabhängigen und Spartaisten haben ihren Streikbeschluss aufrechterhalten. Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Dieser Streik ist ein neues Verbrechen gegen das deutsche Volk! Wer noch ein Gewissen im Leibe und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber seiner Familie und seinem Volke hat, darf am Montag nicht streiken. Die Arbeitererschaft muß sich von den Totengräbern ihrer Zukunft, den Unabhängigen und Kommunisten abwenden. Sie muß ihnen am Montag die Gefolgschaft verweigern. Wir sind in schwerster Not. Sollen wir uns nun völlig totstreiken? Nein! Nein! Nein! Arbeiter, Genossen! Am Montag wird nicht gestreikt!“

Bei den Eisenbahnern ist die Stimmung im allgemeinen gegen den Streik, dagegen werden die elektrischen Straßenbahnen in Berlin am Montag nicht verkehren. So fahren denn die Straßenbahnangehörigen fort, sich bei den Berlinern beliebt zu machen. Auch bei den Arbeitern, die nun die weiten Wege zu ihren Versammlungen zu Fuß zurücklegen müssen. In der Industrie rechnet man nicht mit einem Generalstreik, jedoch mit bedeutenden Teilstreiks.

Reichswehrminister Noske hat die Abhaltung der Versammlungen der Unabhängigen unter freiem Himmel am Montag verboten.

Eine Schadenersatzklage gegen die streikenden Straßenbahner.

In Charlottenburg haben sich 200 Arbeiter zusammengeschlossen, um gegen die Streikleiter bei der Straßenbahn auf dem Wege der Schadenersatzklage vorzugehen. Die Klage fußt auf der Tatsache, daß der Streik auf der Grundlage eines Vertragsbruches entstanden ist.

Local- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 22. Juli 1919.

— **Wichtig für Empfänger von Heeresbezügen.** Es wird daran erinnert, daß die Zahlung der Heeresbezüge (Militärpensionen, Renten, Hinterbliebenenbezüge) für den Monat August bereits am 29. Juli bei den zuständigen Postanstalten stattfindet. Die pünktliche Abhebung der Bezüge an diesem Tage ist durchaus erforderlich.

— **Zuckerpreise.** Mit Gültigkeit vom Montag, 21. d. M., werden die Preise für Zucker: Kristallzucker (Raffinade) 58 Pfg. für 1 Pfund, Feinzucker (Melis) 58 Pfg. für 1 Pfd. festgesetzt.

— **Der Deutsch-nationale Volksverein Bethel Gadderbaum** hält am Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Jünglingsaal des Asaphheims eine Versammlung ab. Herr San.-Rat Dr. Windler und Herr Kraa werden Bericht erstatten über den Berliner Parteitag. Alle Mitglieder und Freunde nationaler Arbeit sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

(.) **Oberjessenbeck, 19. 7.** Die „Westf. Ztg.“ brachte in der Montagsnummer der vergangenen Woche eine Notiz unter der Epithete: „Feldbetrübte“, nach der der Arbeiter Wöhrmann und sein jüngerer Bruder beim Fortschaffen von Stachelbeeren abgefaßt worden seien. In derselben Notiz wurden die Söhne des Tischlermeisters Götting und D. Koch des Fortschaffens von Raps vom Lande der Witwe Rindermann bestraft. In der Dienstagsnummer brachte die „Westf. Ztg.“ bereits eine Zuschrift der Beschuldigten, in der die Mitteilung vom Vortage widerrufen wird. In der Sonnabendnummer veröffentlicht die genannte Zeitung in der Angelegenheit folgende Erklärung: „In eigener Sache. Über die Nachricht vom 14. Juli betr. Feldbetrübte sind wir, um der darin genannten Personen willen, der Öffentlichkeit einige aufklärende Worte schuldig. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die in jener Notiz erhobenen Beschuldigungen zu Unrecht erfolgt und von einer Stelle ausgegangen sind, die die Absicht hatte, den jungen Leuten einen üblen Streich zu spielen. Zu dem letzteren Zwecke hat der betr. Einsender jener Nachricht zu dem außerordentlich verwerflichen Mittel der bewußten groben Fälschung gegriffen. Dieses Manöver ist dem betr. Einsender, der sich fälschlicherweise eines geläufigen Namens in Jassenbeck bediente, leider auch gelungen, was wir nur bedauern können. Nachdem so der wahre Sachverhalt jetzt er-

mittelt worden ist, haben wir alles getan, um durch die Staatsanwaltschaft den Schreiber der betreffenden Notiz wegen Urkundenfälschung und Verleumdung zur Verantwortung ziehen zu können.“

Letzte Nachrichten.

200 Milliarden Sachschaden in Frankreich.

Die französische Parlamentskommission, die für die Ratifikation des Friedens aufgestellt wurde, hat festgestellt, daß der von Deutschland angerichtete Sachschaden 119 Milliarden, der landwirtschaftliche Schaden allein 37 Milliarden beträgt. In der Summe von 119 Milliarden ist der Wiederaufbau des Landes nicht einbezogen. Die militärischen Pensionen allein betragen außerdem 43 Milliarden, ferner für minderjährige Kinder 6 Milliarden 900 Millionen Franc, aller Schaden zusammen 200 Milliarden.

Eine parlamentarische Niederlage Clemenceaus.

Die französische Kammer hat bei Behandlung der Interpellationen wegen der Forderung mit 227 gegen 213 Stimmen eine Tagesordnung Luganours angenommen, welche die Wirtschaftspolitik der Regierung tabelt. Infolgedessen ist der Ernährungsminister Borel zurückgetreten. Auch im Friedensauschuß kam es zu erregten Aussprachen, weil Clemenceau auf verschiedene Fragen militärischer und finanzieller Art keine Auskunft geben wollte. Der Ministerpräsident erklärte sich schließlich bereit, den Text des Einpruchs, den Marshall Foch am 6. Mai in der Vollversammlung der Friedenskonferenz hinsichtlich der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben habe, dem Auschuß zur Verfügung zu stellen. Clemenceau weigerte sich aber, die Protokolle der Friedenskonferenz auszuliefern.

Sozialdemokratischer Widerstand gegen den Schulkompromiß.

Die preussische sozialdemokratische Landtagsfraktion hat den Kultusminister Hähnig aufgefordert, am Reichsschulkompromiß bis zur dritten Lesung der Verfassung noch einige Änderungen durchzusetzen zu lassen, da die jetzige Fassung den Plänen der Fraktion in Preußen hinderlich ist.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Remm 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schillingstr. 14. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Abonnements an die Geschäftsstelle: W. Kraa, Bethel, Bielefeld, Postfach 1000, 3322 Hannover.

Sehr geehrter Herr Weiß!
H., den 13. 7. 19.
Seit längerer Zeit litt ich an Kopfschuppen und starkem Haarausfall.
Nach vielen vergeblichen Versuchen zur Heilung ging ich zu Ihrer Weiß Haarpflege und fand dort nach sehr kurzer Zeit Heilung von den lästigen Schuppen und dem Haarausfall. Ich kann deshalb Weiß Haarpflege jedem Haarkranken sehr empfehlen.
Hochachtungsvoll
H. E.

Schuppen, Haarausfall

beseitigt sicher

Ernst Weiß rationelle Haarkur
In Anwendung
Weiß Haarpflege

Viktoriastr. 10 Bielefeld Viktoriastr. 10

Versand auch nach auswärts.

Bei schriftlichen Bestellungen erbitten Beschreibung.

Sehr geehrter Herr Weiß!
S, 15. Juli 1919.
Da ich seit einigen Wochen an starkem Haarausfall litt, sehe ich zu meiner größten Freude, daß Ihre Haarkur bei mir den besten Erfolg hatte. Werde Sie allen Freunden und Bekannten bestens empfehlen.
Hochachtungsvoll
Fräulein L. B.

Die Wahrheit über die Leiden des armenischen Volkes in der Türkei während des Weltkrieges

Von Oberlehrer E. Sommer. — Bei Geldvorauszahlung netto M. 1.— oder Nachnahme.

Fr. Ehrler (Korrespondent f. Armenien), Steinhagen, Westf.

Der Deutsche Guttempler-Orden (1057)

verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Brüderliebe, um einer Welt aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begleitet die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiet erworbene Geschenke sein, um dieselben weiteren arbeitsfähigen Kreisen zugänglich machen zu können.
Höhere Auskunft erteilt Ernst Hartwig, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekundäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Aufträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionsjüngling oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller sachmännlicher Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie.
Hilb. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 15, n. d. Co. Vereinshaus

Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Gläubige Pilegerin

sucht per 1. 8. oder früher Stelle in Kindertheim oder auch für Privatpflege. Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden.
Angebote unter Nr. 64 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein gutes und billiges tägliches Andachtsbuch!

Statt M. 3.85 nur M. 2.40 u. 10% Teuerungszuschlag. Größere Posten zu entsprechenden Vorzugspreisen. Porto und Verpackungskosten außerdem.

Aus dem Wasser Siloah, das Hilfe geseht.

Hausandachten nach der Ordnung des Kirchenjahres, bearbeitet von P. W. Schlemann. 724 Seiten, hübsch in Ganzleinen gebunden.

Andachtsbücher sind knapp und vielfach recht teuer geworden, bei teilweise recht geringer Ausstattung. Hier ist noch ein gutes Werk in antiker, ausdauernder, billiger Form. Es läßt die alten Väter zu Wort kommen, wie Luther, J. A. Bach, B. C. S. Herberger, Martin Müller, Joh. Müller, Joh. Gerhard u. a. enthält also gesunde, fröhliche Erbauung, Lebensrat für bangende Menschen. Jeder Andacht hat ein Liedersortiment, ferner Angabe eines Verses für die Lesung, ein Hauptgedächtnis in fetter Schrift. Dann folgt die eigentliche Betrachtung und ein lautes Gebet, also alles, was man zur Hausandacht nötig hat. Die Schrift der Betrachtung ist groß und gut lesbar, auch für weniger gute Augen, ohne zu groß zu sein. Wir machen jeden Hausvater, namentlich aber die Herren Väter auf das billige Buch aufmerksam; für die Kolportage eignet es sich besonders gut.
Bestellungen wollen man freundlichst richten an das

Antiquariat der „Westf. Ztg.“ Bethel, Bethel b. Bielefeld.

Nähmaschinen Fahrräder Waschmaschinen

Reparaturen in u. außer dem Hause.
G. Schnabel, Bielefeld, Detmolderstraße 41
Bestellung per Postkarte genügt.

Ausgabe

Erste Ausgabe

Nr. 1

Wir müssen von ihnen und werden

Auf dem

Staatsminister

Wiederaufbau

gehend davon

Regierung

die Schöpfung

das stolze Meer

heit und die

Ehre betonte

schaffen werde

dem Zusammen

trastische Parte

erstreben sei

nationaler u

führung der

zu erlösende

Meine Dar

blidlich tragfä

ligen glauben,

Partei muß in

will, die Aufg

durchzuführen

alter und Wö

einer Partei,

einer Fülle vo

eines Volkes

werden, pflegt

führt die Züge

hat, die notwe

zur Lösung g

Grundanschau

Begriffen ents

Damit hätt

Keine politisch

die Dauer att

sticht, die den

wahr!) Mehe

fähig, die alle

treten bereit

schauungen auf

eines der erst

Partei, daß die

Boden des nat

anschauung ver

findet und in

Interessen find

Damit kom

Vorbergrunde

einmal — das

beiter in unfer

(Beifall) —, d

mehr befreund

ist. Die Sozial

Frage des Gem

die Sozialpolit

des Herzens sei

trieben werden

hier Probleme

abhängt. (Leb

Notwendig

schafflichem Geb

men. Ich will

andere Berufen

nicht reif. Aber

Die Zwangswir

Experiment gen

boren aus der

lange wir takt

einem absolut